

Aktionsbündnis Frankfurter Montagsdemo

Medieninformation vom 31.01.2007

Umzug oder hungern? – Nein gemeinsam stoppen wir die Sparpläne der Stadt!

Das Aktionsbündnis Frankfurter Montagsdemo will den Druck auf die Verwaltung und Stadtverordneten erhöhen. Das Ziel des Bündnisses ist es die Einsparungspläne der Stadt bei den Kosten der Unterkunft zu stoppen.

Über 6000 so genannte Bedarfsgemeinschaften aus der Oderstadt müssen in den nächsten Monaten damit rechnen, dass sie mit Schreiben vom Jobcenter aufgefordert werden ihre Betriebskosten zu senken. Anderenfalls droht die Kürzung der Leistungen. Der Grund für diese unerträgliche und rechtswidrige Verfahrensweise sind offenbar die Sparpläne der Stadt.

Die Zahlung der Kosten für die Unterkunft sind aber gesetzliche Pflichtaufgaben der Stadt. Einzige Ausnahme wäre unwirtschaftliches Verhalten. Aber bisher ist nicht ein einziger Fall bekannt geworden, bei dem nach Einzelfallprüfung derartiges Verhalten nachgewiesen wurde.

Die Stadt rennt sehenden Auges in die nächste Kostenfalle, wenn sich alle von Kürzung bedrohten auf dem Rechtsweg wehren.

Da nach der aktuellen Rechtsprechung davon auszugehen ist, dass die Betroffenen in der Regel Recht bekommen, rollt die Kostenlawine mit etwas Zeitverzögerung auf das Jobcenter zurück. Doch auch das Jobcenter ist laut Gesetz zu wirtschaftlichem Verhalten verpflichtet. Es bleibt die Frage, wer dann die Verantwortung übernimmt.

Das Aktionsbündnis Frankfurter Montagsdemo ruft zur Kundgebung am 05.02.07 18:00 Uhr vor dem Rathaus auf.

Das Motto lautet: Umzug oder hungern? – Nein – gemeinsam stoppen wir die Sparpläne der Stadt.